№ 600 Morgen-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 24. November 1917

# Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung" erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage „Zeitbilder", jeden Sonntag. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. 2.50 oder vierteljährlich M. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf. Teuerungszuschlag 20 %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

# Ein voller deutscher Erfolg im Artois.

## Die Abkehrung Duchonins.

Sein Widerstand gegen das Waffenstillstands-Angebot

**Wien**, 23. November.

Meldung des Wiener k. k. Korr.-Büros.

**Lenin hat an die Soldaten und Matrosen der russischen Armee die telegraphische Mitteilung gerichtet, der Rat der Volkskommissare habe dem russischen Oberkommandierenden Duchonin am 20. November befohlen, allen Kriegführenden einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Der Oberkommandierende Duchonin, dem diese Depesche am 21. nachts zugekommen sei, habe darauf bis zum Abend des genannten Tages nicht geantwortet, worauf Lenin im Auftrage des Rates der Volkskommissare von Duchonin Aufklärung verlangt habe. Da dieser ausweichend antwortete, sei ihm befohlen worden, die Verhandlungen wegen eines Waffenstillstandes unverzüglich aufzunehmen, worauf er sich kategorisch geweigert habe, sich diesem Auftrage zu unterziehen. Der Rat der Volkskommissare habe hierauf Duchonin seines Postens als Oberkommandierender enthoben und Krylenko zum Oberkommandierenden ernannt.**

### Dr. v. Seidler über das Waffenstillstands-Angebot.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 23. November.

Heute nachmittag gab Ministerpräsident Dr. v. Seidler im Abgeordnetenhause in Beantwortung der sozialdemokratischen Anfrage über die Meldung von einem Waffenstillstands-Angebot eine Erklärung ab, in der er sagte, daß die Regierung ein Waffenstillstands-Angebot seitens Rußlands von den Zentralmächten mit der größten Objektivität prüfen werde. Bis zur Stunde sei kein solches Angebot an der Ostfront erfolgt. Annehmbare Vorschläge werden angenommen werden. (Zwischenrufe.) Die in Gärung befindlichen, ungeklärten Verhältnisse im russischen Reiche ließen noch nicht klar erkennen, ob die Friedenspartei tatsächlich ihren Willen werde durchsetzen können.

Im ungarischen Reichstage sagte der Ministerpräsident Dr. Wekerle: „Die in den heutigen Blättern enthaltene Nachricht hat bisher keine amtliche Bestätigung erfahren. Jedenfalls müssen wir uns Sicherheit verschaffen in der Richtung, ob derjenige, mit welchem wir verhandeln, eine Macht von dauerndem Charakter vertritt. Abgesehen davon wird natürlich Friedensbereitschaft unser Vorgehen leiten."

### Die Geheimverträge.

ad **Kopenhagen**, 23. November.

Russische Zeitungen teilten mit, daß die Geheimverträge der Alliierten von dem früheren Minister des Aeußern Neratow der englischen Botschaft in Petersburg übergeben worden wären.

Demgegenüber meldet die „Neue Korrespondenz" aus Petersburg: Neratow hat Trotzky die Schlüssel zu den Archiven ausgeliefert, in denen die Geheimverträge Rußlands mit den Alliierten untergebracht sind. Die Verträge werden zur Zeit im Institut Smolin geprüft.

## Die anti-maximalistische Bewegung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

ae **Kopenhagen**, 23. November.

„Berlingske Tidende" meldet aus Haparanda: In Petersburg nehmen die Gerüchte von einem bevorstehenden Zusammenstoß der streitenden Parteien immer bestimmtere Formen an. Gleichzeitig wird behauptet, Kerenski marschiere mit einem neuen Heer auf Petersburg. Ein französischer Kurier, der Mittwoch Haparanda durchfuhr, meldet die Ankunft Kornilows in Moskau.

**Stockholm**, 23. November.

Der Sonderberichterstatter vom Svenska Telegrambyran in **Haparanda meldet aus Petersburg**, bei dem Führer der anti-maximalistischen Verschwörung Purischkewitsch sei ein Brief **von Kaledin** gefunden worden, in dem die verzweifelte Lage Petersburgs geschildert wurde. Die von Purischkewitsch geleitete Organisation arbeitete unablässig an der Bildung von Offizier- und Junkerregimentern aus Offizieren und Offiziersladetten, als das einzige Mittel, das Land zu retten. Die Verschwörer erwarteten Kaledin in Petersburg und hatten ihn gebeten, mitzuteilen, wann er sich nähere.

„Nowoje Schisn" berichtet, der frühere Kriegsminister Werchowski sei im Quartier des Oberbefehlshabers Duchonin angelangt.

Ebenfalls nach „Nowoje Schisn" ist die Arbeit in allen Abteilungen des russischen Kriegsministeriums mit Ausnahme derjenigen der Artillerie und der Intendanturleitungen eingestellt worden.

## Neuer englischer Durchbruchsversuch gescheitert.

**Berlin**, 23. November, abends.

**An der Schlachtfront südwestlich von Cambrai ist ein erneuter englischer Durchbruchsversuch unter schwersten Verlusten für den Feind gescheitert.**

**Im Osten keine größeren Kampfhandlungen.**

**Aus Italien nichts Neues.**

## Die Engländer zurückgedrängt.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Der englische Durchbruchsversuch in Richtung Cambrai ist nach dem üblichen ersten zur Regel gewordenen Anfangserfolg trotz Einsatzes ungezählter frischer englischer Divisionen und trotz gruppenweiser Verwendung von mehreren hundert Tanks blutig gescheitert.

Der dritte Tag dieser Schlacht war ein voller Erfolg der deutschen Truppen. Der Feind versuchte am 22. November sowohl im Norden wie im Süden die Einbruchsstelle durch erbitterte Angriffe neuer Reserven zu erweitern und gleichzeitig in Richtung Cambrai Raum zu gewinnen. Gegen den Ort Moeuvres und die westlich anschließenden Stellungen führte der Feind von 1 Uhr nachmittags an wiederholte erbitterte starke Angriffe, die meist schon in unserem Feuer verlustreich zusammenbrachen, an einzelnen Stellen im Gegenstoß abgeschlagen wurden. Das Dorf selbst blieb in unserer Hand. Den Hauptangriff führte der Feind südöstlich des Waldes von Bourlon beiderseits des Ortes Fontaine. Unter außerordentlich hohen Verlusten brachen hier die feindlichen Massenangriffe zusammen. Nach erbitterten Kämpfen stürmten die deutschen Truppen den Ort Fontaine selbst, den die Engländer am Vortage unter schweren Opfern hatten besetzen können. Auch weiter südlich gewann unsere tapfere Infanterie Gelände und vertrieb den Feind völlig aus dem Walde von La Folie, der voll von Haufen englischer Gefallener ist.

Im Süden des Hauptkampffeldes griff der Feind mit starken Kräften gegen Rumilly und Banteux an. Hier scheiterten restlos die englischen Angriffe, wie ebenfalls ein weiter südlich bei Vendhuille geführter Teilangriff. Die Verluste des Feindes an allen drei Kampftagen sind außergewöhnlich schwer. Die neue Offensive der Engländer auf Cambrai ist ein Beweis dafür, daß der englischen Obersten Heeresleitung allmählich die Erkenntnis aufgegangen ist von der Stärke und Unüberwindlichkeit der deutschen Flandernfront und der Unmöglichkeit, dort ihr entscheidendes operatives Ziel, die deutsche U-Boot-Basis, zu erreichen. Sie ist zugleich das Eingeständnis der schweren dauernden Niederlagen, die das an Zahl und Material vielfach überlegene britische Heer in viermonatlichen andauernden Großkämpfen trotz Einsatzes von weit mehr als 1½ Millionen Mann unter ungeheuren Massenopfern im Kampfe um die deutsche U-Boot-Basis im flandrischen Sumpfgebiet erlitten hat. Um den Eindruck dieser fortgesetzten Niederlagen abzuschwächen, macht die englische Presse mit dem lokalen Geländegewinn in Richtung Cambrai eine alles Maß übersteigende Reklame, die zugleich die wirklich großen Erfolge der Mittelmächte in Italien in Schatten stellen soll.

In Italien sind zwischen Brenta und Piave für uns günstig fortschreitende Kämpfe im Gange. An der Piave selbst haben die Italiener ihre Artillerie nach Gefangenenaussagen durch französische Batterien verstärkt, die rücksichtslos Ortschaften, Schlösser und Kirchen beschießen. Blühende italienische Dörfer zerfallen in Trümmer, unersetzliche Kunstschätze werden vernichtet.

## Die neue polnische Regierung.

Vom

**Prinzen Franz Radziwill.**

Unser Mitarbeiter Professor Dr. Ludwig Stein hatte eine Unterredung mit dem Prinzen Franz Radziwill, der mit den Mitgliedern des polnischen Regentschaftsrats in enger Fühlung steht. Ihr Ergebnis hat der Prinz in der folgenden Darstellung zusammengefaßt.

Im Königreich Polen läßt sich eine neue Gestaltung der Parteiverhältnisse beobachten: der Regentschaftsrat, der unerschütterlich auf der Grundlage des Aktes vom 5. November 1916 und 12. September 1917 steht, zieht ständig größere Kreise der Gesellschaft an sich. Die Persönlichkeit des Erzbischofs im Regentschaftsrate ist maßgebend für die Stellungnahme der Geistlichkeit. In denjenigen Kreisen, die noch vor kurzem sich passivistisch verhielten, kann man jetzt eine weitgehende Krisis beobachten, und zwar in den konservativen Kreisen. Die Schrecknisse und Greueltaten der russischen Revolution, denen auch viele Polen, welche im westlichen Gebiete Rußlands zerstreut sind, zum Opfer fallen, überzeugt bisherige Passivisten, daß nur der schleunige Aufbau einer starken polnischen Armee und Regierung imstande ist, Polen vor der Anarchie von Osten zu bewahren und dadurch eine ersprießliche Entwicklung der Nation zu sichern. Diejenigen Gesellschaftskreise, die an den Neubau des polnischen Staates treten, sind von einem aufrichtig demokratischen Geiste durchdrungen. Die politischen Rechte und die materiellen Güter der breitesten Volksschichten sind der Gegenstand der Fürsorge der polnischen Regierung und Gesetzgebung. Die polnische Nation ist sich dessen bewußt, daß heute nur eine zeitgemäße Einführung von Reformen im demokratischen Sinne solchen Symptomen, wie sie in Rußland auftreten, vorbeugen kann. Angesichts dieses Umstandes erscheint es uns unbegreiflich, daß hier und dort in der deutschen Presse Meinungen zum Ausdruck kommen, als ob Polen, in seiner Lage zwischen Mitteleuropa, das mit großen Schritten den sozialen Staatsformen entgegeneilt, und Rußland, welches seit einigen Monaten den allerradikalsten Tendenzen huldigt, zum Horte der verhaßten Reaktion werden sollte.

Auf Grund näher und enger Beziehungen zu denjenigen Persönlichkeiten, deren Meinung und Wille demnächst bei dem polnischen Staatsbau maßgebend sein werden, trage ich nicht das geringste Bedenken, zu behaupten, daß der neu entstehende Staat der Freiheit, dem Fortschritt und der Demokratie rücksichtslos treu bleiben wird; ganz besonders aber herrscht die allgemeine Meinung, daß allen Bürgern des polnischen Staates ohne Unterschied der Konfession und Nationalität eine absolute Gleichberechtigung zukommt. Leider erschienen in der deutschen Tagespresse falsche Schlußfolgerungen über die Richtung der polnischen Politik, Schlußfolgerungen, die auf Grund einer irrtümlichen Auslegung verschiedener gesetzgeberischer Entwürfe entstanden sind, so z. B. bezüglich des vielbesprochenen Verfassungsprojektes. Zu diesem Punkte kann ich, abgesehen vom Wesen und den Einzelheiten des Verfassungsprojektes, nur sagen, daß überhaupt ein Projekt der polnischen Verfassung erst durch die zu schaffende polnische Regierung dem noch zu wählenden gesetzgebenden Körper vorgelegt werden wird; es ist daher jetzt zumindest voreilig, den Inhalt eines Verfassungsentwurfs ernstlich ins Auge zu fassen. Ganz besonders aber will ich hervorheben, daß die jüdische Frage, welche in Polen während der Russenzeit infolge von russischen Ausnahmegesetzen und angesichts des Unvermögens der Polen, ihre Angelegenheiten selbst zu bestimmen, scharfe Formen anzunehmen drohte, in einem freien Polen nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung gelöst werden kann. Es ist dies gar nicht anders möglich.

In diesem Zusammenhange ist es von Interesse, zu erfahren, daß der bereits bestätigte und in sein Amt eingeführte Premierminister Kucharzewski im Jahre 1912 bei den Dumawahlen als Gegenkandidat der Konzentration der polnischen Parteien gegen den antisemitischen Kandidaten aufgestellt wurde. Wenn auch sein damaliges Programm in bezug auf die Judenfrage nicht ganz vorbehaltlos war, so ist dies auf die damalige Politik Rußlands in betreff der jüdischen Frage zurückzuführen, da, wie bekannt, Rußland böswilligerweise durch seine Ausnahmegesetze eine übergroße Ansiedlung der Juden aus dem Innern des Reiches in Polen herbeiführte und die russischen Juden in Polen zum Teil als Russifikatoren auftraten. Da nun diese Erscheinung selbst-